

Haushaltsrede der SPD-Fraktion im Gemeinderat Essen

Öffentliche Ratssitzung am 27. März 2017

Verehrter Herr Bürgermeister, geehrter Vorsitzender,
meine lieben Kolleginnen und Kollegen im Rat!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir möchten uns bei der Verwaltung für die Aufstellung des Haushaltsentwurfes bedanken.

Besonders möchten wir uns bei unserem Bürgermeister, bei Herrn Meyer und bei den Herren Seelhorst, Drees und König bedanken, die uns bei der Haushaltsberatung alle notwendigen Informationen gaben. Wir danken aber auch allen weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, die nicht nur im Zusammenhang des Haushalts 2017 genannt werden müssen, sondern tagtäglich für die Essener Bürgerinnen und Bürger da sind.

Wir möchten ein paar Worte zum **Haushalt 2017** verlieren.

Wir haben auch in diesem Jahr einen gut aufgestellten Haushalt, der weiterhin durch hohe Steuereinnahmen positiv ausfällt.

Wir sind nach wie vor eine sehr finanzstarke Kommune. Haben wir in diesem Jahr **Gewerbesteuereinnahmen** von kalkulierten 11 Millionen, die aber mit Sicherheit noch deutlich höher sein werden, statt 14,7 Millionen im Vorjahr 2015/16 bei kalkulierten 11 Millionen und 10,3 Millionen im Jahr 2014/15, konnten wir uns im Vorjahr nochmals um 42 Prozent verbessern. Damit liegen wir hinter Bösel, Emstek, Cappeln und Löningen an fünfter Stelle der Cloppenburger Kommunen im Ranking der Zuwächse. Obwohl die Schlüsselzuweisungen des Landes gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozent zurückgingen, konnte in diesem Jahr die **Kreisumlage** gesenkt werden, da alle 13 Kommunen im Landkreis Cloppenburg mit Ausnahme von Lindern Steuerzuwächse verzeichnen. Die Steuerkraft der Kommunen besagt, dass es der heimischen Wirtschaft sehr gut geht. Da Essen eine sehr hohe Steuerkraft hat und finanziell sehr gut dasteht, wir sind immer noch eine der reichsten Kommunen in Niedersachsen unter Bezugnahme bestimmter Parameter, so müssen wir natürlich auch eine ordentliche Summe als Kreisumlage in den Kreishaushalt zahlen. Das ist die logische Konsequenz.

Über 7,145 Millionen Euro fließen aus Essen in den Cloppenburger Kreishaushalt. Im letzten Jahr waren es noch 5,7 Millionen. Anders gesagt, wir zahlen ca. 4 Punkte der Kreisumlage oder über 10 Prozent der gesamten Kreiseinnahmen über die Einforderung der Kreisumlage, wobei die Kreisumlage um 44 auf 43 gesenkt wurde. Über die Sozialförderung des Landkreises fließen für soziale Maßnahmen und die Wirtschaftsförderung jeweils 193.000 Euro wieder zurück, beruhend auf die faktische Senkung der Kreisumlage um einen weiteren Punkt, von 43 auf 42 Punkte. Wir müssen daher feststellen, der Landkreis Cloppenburg entschuldet sich weiterhin auf Kosten der 13 Städte und Gemeinden oder anders gesagt, über die hohe Mitfinanzierung der starken Kommunen und so sorgt besonders das finanzstarke Essen dafür, weist der Cloppenburger Kreishaushalt seit vielen Jahren ein positives Zahlenwerk auf.

Wir sind auch weiterhin eine kapitalstarke Kommune im Land Niedersachsen. Das aktuelle Schuldenaufkommen ist sehr gering. Wir haben eine pro Kopf Verschuldung von lediglich 180 Euro. Wir haben sehr geringe **Steuerhebesätze**, die auch wiederum in der Haushaltsberatung nicht diskutiert wurden, die jedoch deutlich unter

den Landesdurchschnittswerten liegen. Grundsteuer A und B mit einem Hebesatz von 320 und die Gewerbesteuer mit 330 Punkten bewegen sich in den entsprechenden landesweiten Übersichten im unteren Bereich. Daraus resultiert, dass wir zu den wenigen Kommunen gehören, die faktisch doppelt in den Landes- und Kreishaushalt einzahlen. Wir werden diesen Weg zukünftig so nicht mehr gehen können. Ja, wir dürfen ihn nicht gehen, wenn wir in den nächsten Jahren große Projekte im Ort umsetzen wollen.

Wir glauben nicht, dass wir in diesem Jahr tatsächlich zu einer Kreditaufnahme kommen werden. Und wenn ja, dann mit Sicherheit nicht in einer Höhe von 2,65 Millionen Euro. Zumal wir auch noch liquide Mittel in Höhe von 2,84 Millionen Euro haben.

Wir möchten nun einige wichtige Eckpunkte ansprechen, die nicht abschließend sind. Zunächst ein sehr wichtiges Aufgabenfeld im Bereich der Daseinsvorsorge.

Wohnraum

In vielen Kommunen steigen die Mieten derzeit drastisch an. Viele, die hier aus Essen kommen, können davon ein Lied singen. Wir wissen, dass es für viele immer schwieriger wird, eine neue Wohnung zu finden. Dass die Schlangen bei den Wohnungsbesichtigungen immer länger werden. Und wir wissen auch, dass es in vielen Kommunen wachsende soziale Probleme gibt.

Diesem müssen wir vorbeugen. Wir benötigen weiterhin Flächen für Wohnungsbau. Wir müssen uns um Baulücken im Ortskern kümmern. Wir brauchen kleine, günstige und altersgerechte Wohnungen.

Wir wollen nicht, dass die soziale Mischung in unseren Ortsteilen bedroht wird. Wir wollen, dass Familien mit Nachwuchs in der Nähe von Kita und Schule neue, bezahlbare Wohnungen finden. Wir wollen den Zuzug von Neubürgern in Essen fördern. Wir sind ein sehr gut aufgestellter Wirtschaftsstandort und wir möchten die Diskrepanz, zwischen den alltäglichen Ein- und Auspendlern im Ort deutlich verändern.

Wir haben mit vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesprochen, die sich durchaus vorstellen können, hier in Essen nicht nur zu arbeiten, sondern auch zu wohnen.

Deshalb müssen wir Umdenken. In diesem Umdenkungsprozess sollte man nach einem detaillierten **Wohnraumversorgungskonzept** langfristiger denken und planen.

Das Wohnraumversorgungskonzept des Landkreises sagt für Essen folgendes aus:

Aktuell benötigen wir jeweils 10 Wohnungen bei den Single-Haushalten, Zwei- und Vier-Personen-Haushalte als kleine und preisgünstige Wohnungen. Bei den Ein- und Zweifamilienhäusern fehlen uns 350 und bei den Mehrfamilienhäusern ca. 100 Objekte bis zum Jahr 2030.

Natürlich kommt auch der demographische Wandel in Essen zum Tragen. Wir alle werden älter. Aber wir wissen auch heute schon, dass die Bevölkerungsentwicklung derzeit alljährlich bis zum Jahr 2031 steigen wird.

Wir werden in Essen bis zum Jahr 2030 ca. 7 Prozent Bevölkerungszuwachs haben, wenn wir uns locker zurücklehnen und keinen Einfluss nehmen möchten. Wenn wir uns nur auf Einflussgrößen von außen, wie Cloppenburgische Wohnungsbaugesellschaft oder Privatinvestoren verlassen möchten, so werden wir dann an der 10.000er Einwohnergrenze knabbern.

Wir sind aber der Meinung, die Höhe der Steigerungsquoten an der Essener Einwohnerzahl können und müssen wir beeinflussen. Wir dürfen nicht zwischen den

Mittelzentren Quakenbrück und Cloppenburg versauern, sondern müssen gegensteuern.

Zumal wir auch in der Gemeinde Essen den größten **Anteil an Ausländer** auf Kreisebene haben (15 %, gefolgt von CLP 12 %, Emstek und Garrel 11 %).

Hier erklärt sich natürlich auch der Zusammenhang zur **arbeitsplatzbezogenen Migration**. Genau diese Leute können sich keine hochwertigen, zeitgemäßen Wohnungen leisten. Es fehlt besonders für diese Menschen und ihren Angehörigen an Wohnungen. Es kommt ja noch schlimmer, sie leben unter prekären Wohnverhältnissen. Viele Eigentümer von Wohnräumlichkeiten nutzen diese misslichen Lagen skrupellos aus. Natürlich hat sich der Wohnungsmarkt etwas verändert, ja verbessert, aber noch nicht zur vollsten Zufriedenheit.

Zusammenfassend kann man sagen. Wir müssen nicht nur viele Häuser und Wohnungen sanieren, Nein, wir benötigen auch etliche neue Objekte. Und dabei werden wir zwangsläufig an unsere Grenzen stoßen.

Deshalb, was wir in Essen benötigen, ist eine eigenständige **Wohnungsbau GmbH** mit finanzstarken Geldgebern in einer wirtschaftsstarken Kommune. Wir müssen eine eigenständige und soziale Wohnraumförderung in Essen installieren. Dazu gibt es auch ganz aktuell Landeshilfe.

Nur so lassen sich die Wohnraumprobleme lösen. Wir werden und wir können es nicht alleine schaffen.

Wir benötigen eine umfassende Ortskernsanierung. Eine Ortsumwandlung in einen modernen Arbeits- und Wohnort. Dazu gehört natürlich auch endlich der Abriss der Brandruine, am 26.04. können wir das zweijährige Bestehen des Schandflecks feiern. Ein absolutes Trauerspiel.

Kommen wir nun zum Bildungsbereich

Kindertagesstätten

Die Wünsche der Krippen und Kindergärten werden zur absoluten Zufriedenheit erfüllt. Wir haben uns bei der Bereisung vor Ort ein Bild über die jeweiligen Objekte gemacht und freuen uns sehr darüber, dass in diesem Jahr alle gewünschten Mittel akzeptiert wurden. Das war in der Vergangenheit nicht immer so der Fall.

Den geplanten Neubau der Kinderkrippe auf dem ehemaligen Teil-Sportplatz Regenbogen tragen wir mit. Die Notwendigkeit ist absolut gegeben und in diesem Fall gehen wir auch den richtigen Schritt. Wir planen großflächig einen dreizügigen Krippenbereich, den wir mit Sicherheit in den kommenden Jahren wieder erweitern müssen. 1,2 Millionen Euro für diesen Bau sind gut eingesetztes Geld im Bildungsbereich.

Schulen

Grundschule Neubau oder Sanierung und Anbau

Die Diskussionen fanden wir teilweise nicht zielführend. Die Standortfrage ist für uns alle eindeutig geklärt. Es ging lediglich um die Zielrichtung und den Weg, wie baue ich eine zukunftsweisende Grundschule in Essen.

Schulentwicklungsplaner ja oder nein, mehrere und welche **Architekten**, Förderung aus der **Kreisschulbaukasse** ja oder nein? Damit kann man sich nicht zufrieden geben. Bei einem Neubau bekommen wir kein Geld aus der Kreisschulbaukasse, so die Aussage des Landkreises.

Dazu merken wir an. Die Entscheidung obliegt dem Kreistag und nicht dem Schulamt. Bemerkenswert ist dabei nur, dass für ein neues Schwimmbad in Friesoythe, unter einem Bürgermeister Wimberg, über 3 Millionen Euro aus der Kreisschulbaukasse fließen und in Essen soll es für einen Neubau kein Geld geben – das halten wir für, naja vorsichtig gesagt, für eine gewisse Klientelpolitik.

Wir gehen hier den falschen Weg. Wir möchten professionelle Schulplanung, Planer die eine zukunftsweisende Grundschule speziell für den Standort Essen planen. Professionelle Planer, die uns den Weg vorgeben. Was haben wir gemacht?

Wir haben als Gemeinde Essen den Weg vorgegeben. Wir entscheiden im Ausschuss durch das Ansinnen der Mehrheitsfraktion, dass wir den Zukunftsweg der Grundschule in Richtung Anbau und Sanierung gehen. Dieses halten wir auch weiterhin für absolut falsch. Wir hoffen nur, dass wir genau diese Vorgehensweise langfristig nicht bereuen werden. Wie zum Beispiel die damaligen Krippenbauplanungen. Aus heutiger Sicht hätten wir uns mit Sicherheit anders entschieden. Was zunächst kostengünstiger aussieht, ist oft auf langer Sicht sehr teuer.

Trotz dieser sehr unterschiedlichen Richtungsansichten, werden wir uns nicht verschließen, sondern zielführend für den Schulstandort Essen den weiteren Planungsweg mitdiskutieren und beraten.

Jugendförderung

Die Erhöhung des Sockelbetrages je Sparte von 500 Euro stammt aus dem Jahr 2013. Die Förderung pro Jugendlichen in den Vereinen von 15 Euro wurde bereits 2012 beschlossen. Wir sind der Ansicht, dass wir den Sockelbetrag um 300 auf 800 Euro und den Förderanteil für die Vereine pro Jugendlichen von 15 auf 20 Euro erhöhen sollten. Nach 5 Jahren sind diese Erhöhungen absolut zeitgemäß. Leider wurde dieser Antrag von der Mehrheitsfraktion abgelehnt.

Jugendzentrum

Wir brauchen ein lebendiges Jugendzentrum. Wir sind eine sehr junge Kommune, die es einfach erfordert, dass wir einen Ort in der Gemeinde schaffen, wo sich die Jugendlichen zurückziehen können. Auch wir waren für den Abriss des bisher genutzten Jugendzentrums, aber wir fordern auch, hier Maßnahmen zu treffen, damit wir umgehend für einen neuen Standort sorgen. Natürlich waren wir auch für die Vertragsauflösung mit der Caritas, was aber nicht bedeuten soll, dass wir keinen Jugendtreff mehr in Essen benötigen, sondern der mangelnde Besuch des ehemaligen Jugendtreffs hängt auch immer von handelnden Personen ab. Wir glauben schon, dass der Bedarf für ein Jugendtreff in Essen vorhanden ist.

Bereich Kultur

Natürlich muss das Thema **Windmühle** angesprochen werden.

Der Erhalt der sanierungsbedürftigen Windmühle, unser denkmalgeschütztes Wahrzeichen, ist uns sehr wichtig.

Diese politische Leitlinie ist uns bei der Beratung zum Haushalt sehr wichtig. So wichtig, wie die letzten Jahre eigentlich auch.

Es sind wiederum viele Monate verstrichen, ein weiterer Winter hat nicht gerade für eine Verbesserung der Gesamtsituation gesorgt, und nichts ist passiert.

Auch Planungskosten sind wieder nicht eingestellt worden. Dieses geschah letztmalig 2014. Vor drei Jahren hatten wir noch Planungskosten von 10.000 Euro eingestellt und heute Null.

Wir haben immer noch keine verlässlichen Zahlen, was die Sanierungskosten betrifft. Oder will man das Thema totschweigen? Wir jedenfalls nicht.

Deshalb hatten wir genau zu dieser durchaus schwierigen Thematik ganz zielgerichtet unseren stellvertr. Bundesvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel, der übrigens auch Vorsitzender des sozialdemokratischen Kulturforums ist, also auch im Thema steckt, und die Fraktionsvorsitzende Johanne Modder zu einem Ortstermin an der Mühle. Beide haben einige Möglichkeiten aufgezeigt, um diese Mühle zu retten. Beide baten uns auch, sie unbedingt zu informieren, falls sich etwas in die eine oder andere Richtung ändern würde. Wir müssen uns endlich bewegen, wir müssen Mittel und Wege finden, die Mühle zu sanieren, sonst können wir sie uns zukünftig nur noch auf Fotos und Postkarten ansehen!

Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung

Wir begrüßen absolut, dass man sich im Rat Gedanken über die Abschaffung der teilweise unsozialen Zahlungen für Straßenausbaumaßnahmen macht. Leider ist im Vorgriff dieser heutigen Ratssitzung nach unserer Ansicht nicht genügend darüber gesprochen worden. Sind wir alle umfangreich darüber informiert, welchen Schritt wir nun gehen? Ich glaube nicht.

Rückblende.

Erst vor einigen Tagen beschließt die Niedersächsische Landesregierung eine Neuerung des Kommunalabgabengesetzes. Kommunen können Grundstückseigentümer demnach künftig mit einer Pauschale für den Straßenausbau belangen. Bislang mussten Anlieger bei dem Ausbau und der Erneuerung von Straßen und Gehwegen bis zu 80 Prozent der Kosten tragen. Dies hat in der Vergangenheit oft zu Protesten der Anwohner geführt und natürlich auch jetzt aktuell in Essen.

Jetzt wollen wir in Essen die Straßenausbaubeitragssatzung abschaffen. Gut für die Anwohner, die an einer Straße wohnen, die angemessen und gut ausgebaut wird und die Zahlung durch Andere beglichen wird.

Dazu haben wir ja einen aktuellen Fall, die Wilhelmstraße. Uns fehlen hier Einnahmen von 200.000 Euro, die wir nicht über die Anlieger sondern jetzt über andere Wege kompensieren müssen.

Wer sind nur die Anderen?

Das sind wir alle. Wie soll dann die Finanzierung künftiger Straßenausbaumaßnahmen aussehen? Wer soll zahlen? Wieviel soll er zahlen?

Wir werden zukünftig Diskussionen haben, diese werden lauten:

Wann wird endlich unsere Straße ausgebaut? Wieso wurde die Straße so aufwendig und/oder wesentlich besser ausgebaut als andere, vergleichbare oder unsere Straßen? Wir bezahlen doch schließlich auch! Oder – Wir mussten damals noch unsere Straße selbst zahlen!

Der jetzt hier vorliegende Antrag bietet leider keinerlei Antworten auf diese Fragen.

Wir können dem Vorhaben so nicht zustimmen. Wir erwarten eine offene Diskussion über die Gegenfinanzierung, weil diese kommen muss. Wir können nicht einfach zukünftige Baumaßnahmen so einfach aus Steuermittel bezahlen. Was rein rechtlich auch nicht zulässig wäre. Also muss hier ein Sondertopf geschaffen werden, was wiederum bedeuten würde, dass wir wiederum einen hohen Verwaltungsaufwand haben, den wir ja eigentlich vermindern wollten.

Oder sollten wir die Steuern erhöhen, die Grundsteuern? Welche Grundsteuern? Nur B oder auch A für Landwirte? Welche Höhe? Wer soll das festlegen? Warum staffeln wir den Eigenbetrag unter Beibehaltung einer geänderten Satzung nicht?

Viele Fragen, die wir eigentlich im Vorfeld hätten klären sollen, bevor wir solch einen tiefgreifenden Antrag formulieren und hier vorlegen.

In der Hoffnung, dass wir zwecks zukünftiger Finanzierung von notwendigen Straßenausbaumaßnahmen einen vernünftigen Kompromiss finden werden, können wir uns langfristig eine Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung durchaus vorstellen, möchten aber auch dazu eine festgelegte Gegenfinanzierung, in der unsere Fragen beantwortet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

dass waren nur einige Produkte aus dem Haushalt, die für uns wesentlich sind, wobei unsere Sichtweisen zum Haushalt nicht abschließend sind.

Wir danken allen Ratsmitgliedern für die Zusammenarbeit.

Wir stimmen trotz einiger Schönheitsflecken der Verabschiedung der Haushaltssatzung sowie des Haushaltsplanes 2017 zu.

Wir glauben, dass wir in Essen vor einer sehr guten Zukunft stehen.

Wenn wir die wirklichen Probleme hier im Ort ehrlich ansprechen, auf kommunaler Ebene mit einer starken Verwaltung und mit Hilfe der Bürgerinnen und Bürger in Essen, zukunftswirksame Maßnahmen treffen und zusammen die notwendige Ausrichtung der Kommune vorgeben, dann wird unser Ort weiterhin wachsen und für uns alle lebenswert bleiben.

Vielen DANK für das Zuhören!